Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9398**

14. Wahlperiode 12. 06. 2002

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Maritta Böttcher, Dr. Heinrich Fink, Angela Marquardt, Gustav-Adolf Schur, Petra Pau, Roland Claus und der Fraktion der PDS

zu der Abgabe einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers Politik für Bildung und Innovation – Chancen eröffnen, Werte vermitteln, Teilhabe sichern, im Wettbewerb erfolgreich bestehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bildung braucht jeder Mensch für ein selbstbestimmtes Leben, für die kompetente Mitwirkung an einer demokratischen und sozial gerechten Gesellschaft sowie für eine erfolgreiche berufliche Entwicklung, ohne die heute für die meisten Menschen weder Selbstbestimmung noch gesellschaftliche Teilhabe zu verwirklichen sind. Bildung ist Teil emanzipierten Lebens selbst und wird zum wesentlichen Bestandteil gesellschaftlicher Reproduktionsprozesse. Wegen dieser umfassenden Bedeutung betrachten wir Bildung als Menschenrecht und öffentliches Gut, das nicht als Ware auf dem Markt gehandelt werden darf.

Jährlich verlassen über 80 000 junge Menschen die Schulen ohne Abschluss. Trotz des Sofortprogramms der Bundesregierung gehen Jahr für Jahr rund 30 000 Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz leer aus, wovon vorwiegend junge Leute aus den neuen Bundesländern, junge Frauen sowie Migrantinnen und Migranten betroffen sind. Nur 8 % aus unteren Einkommensschichten nehmen ein Hochschulstudium auf, während es bei einkommensstarken Familien 70 % sind. Weiterbildungsangebote werden vor allem von denjenigen wahrgenommen, die ohnehin einen höheren beruflichen Status erreicht haben. Nicht zuletzt hat die PISA-Studie nachgewiesen, dass der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland besonders stark ausgeprägt ist.

PISA stellt das deutsche Bildungssystem insgesamt in Frage, weil es die soziale Ungleichheit verschärft, nicht mildert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– dem Bildungswesen höchste Priorität zuzumessen.

  Die gesamtstaatliche Verantwortung für einen Neuanfang in der Bildungspolitik unter Einbeziehung der Länder, Schülerinnen und Schüler, Eltern und Pädagogen wahrzunehmen und Eckpunkte für eine Bildungsreform vorzulegen, die dem Gebot der Chancengleichheit entsprechen. Dabei sind Erfahrungen der Polytechnischen Oberschule aus der DDR und Überlegungen zu einer Bildungsreform der 70er Jahre in den alten Bundesländern hinzuzuziehen. In Deutschland müssen Bildungsreformen eingeleitet werden, in deren Rahmen Inhalte und Strukturen der Bildung überprüft und neu

gestaltet werden. Die Länder haben in Verwirklichung ihrer Kulturhoheit hier die entscheidende Verantwortung. Der Bund soll sie dabei wirksam unterstützen durch die Initiierung und Förderung von Forschungsprojekten, durch die Verbesserung von Rahmenbedingungen in den Ländern vermittels Bundesprogrammen und die Förderung von Bildungsinnovation;

– sich bei der EU und in den GATS-Verhandlungen dafür einzusetzen, dass das deutsche Bildungswesen als öffentlich-staatliches Bildungswesen vor weiterer Vermarktung geschützt wird.

Wir brauchen bundesweit ein Bildungssystem, das

- sich an modernen Bildungsinhalten orientiert, somit Bildung am Gegenstand von Schlüsselproblemen ausrichtet und die Ausprägung von Schlüsselkompetenzen zum Ziel hat,
- die Lernenden und deren allseitige Förderung in den Mittelpunkt rückt,
- individuelle Förderung von der Kindertagesstätte (Kita) bis zur Weiterbildung durch optimale Lehr- und Lernbedingungen ermöglicht,
- Qualitätsentwicklung durch Verständigung auf verbindliche Bildungs- und Erziehungsziele und regelmäßige Evaluation der Ergebnisse garantiert,
- Schule als kulturelle Institution der Kommune fördert,
- allen Lernenden wirklich gleiche Chancen und gleiche Teilhabe an Bildung ermöglicht,
- in Struktur und Pädagogik auf Förderung anstatt auf Auslese setzt.

Im Einzelnen bedeutet das:

- flächendeckender Ausbau eines ganztägigen frühkindlichen Bildungssystems, in dem Betreuungs- und Bildungsaufgaben verbunden werden und so den Kindern gleiche Startbedingungen für den Schulbesuch ermöglicht werden;
- ein einheitliches integriertes Schulsystem, in dem die Schülerinnen und Schüler vom ersten Schuljahr an in der Regel bis zum 16. Lebensjahr gemeinsam lernen und in dem die individuelle Förderung gewährleistet ist;
- Auflegen eines Bundesförderprogramms „Schuloffensive 2003 – 2006“ mit folgenden Schwerpunkten:
  - Förderung von bildungs- und erziehungswissenschaftlicher Forschung mit dem Ziel, wirksamer moderne Bildungsinhalte zu bestimmen, die an Schlüsselproblemen und Schlüsselkompetenzen orientiert sind, und pädagogische Methoden zu entwickeln, die auch soziale und kulturelle Entwicklungen in der Jugend berücksichtigen,
  - Unterstützung für die Errichtung und den Betrieb von Ganztagsschulen mit einem pädagogischen Konzept, das ganztägig komplexe Bildungs- und Entwicklungsprozesse ermöglicht,
  - Unterstützung von Schulversuchen und pädagogischer Innovation in den Ländern,
  - Soforthilfe zur Erneuerung von Lehr- und Lernmitteln, zur Senkung der Klassenfrequenzen und anderen notwendigen Maßnahmen;
- gleiche Möglichkeiten für alle, einen Beruf zu erlernen und berufliche Ersterfahrungen zu sammeln, ein Hochschulstudium zu absolvieren und Weiterbildungsangebote wahrzunehmen;

- Erhöhung der Bildungsausgaben in Deutschland auf mindestens 7 % des Bruttosozialprodukts, um an internationale Standards heranzukommen und um Gebührenfreiheit und Existenz sichernden Unterhalt in allen Bildungsstufen zu sichern;
- Errichtung eines Bildungsrates, in dem der Bund, die Länder und Kommunen mit Wissenschaftlern, Eltern-, Schüler- und Lehrervertretern die notwendige, überfällige Bildungsreform vorbereiten und begleiten. Der Anspruch liegt in bundesweit geltenden rahmenrechtlichen Grundlagen für den gesamten Bildungsbereich. Das schließt ein, Mindeststandards in allen Bundesländern zu gewährleisten, die Vergleichbarkeit der Lerninhalte und Anerkennung der Abschlüsse sichern sowie gleiche Arbeitsbedingungen in den Bildungseinrichtungen herstellen. Sie sollen Innovation und Eigenständigkeit der Bildungseinrichtungen ermöglichen und nicht behindern;
- regelmäßige Vorlage eines Bundesberichts Bildung durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, der Leistungen und Defizite des gesamten Bildungssystems von der Kita bis zur Weiterbildung und die Lern- und Arbeitsbedingungen sowie deren personelle und materielle Ausstattung darstellt und Perspektiven seiner Weiterentwicklung ausweist.

Berlin, den 11. Juni 2002

Maritta Böttcher
Dr. Heinrich Fink
Angela Marquardt
Gustav-Adolf Schur
Petra Pau
Roland Claus und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333